



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 35

P/V/275

25. November 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Es gärt in der Weltpolitik	S.1
USA-Echo zu den deutschen Wahlen	S.3
Die vielgesichtige FDP	S.4
Stoßseufzer eines Rauchers	S.5

Unerfreuliche Ansätze

P.R. In der Berichterstattung über die Aussenpolitik der drei Westmächte sind einige beunruhigende Momente von einer teilweise merkwürdigen Parallelität aufgetaucht. Es wird von "Ansätzen einer neuen Aussenpolitik" gesprochen und zwar gleichzeitig in Washington, London und Paris. Das könnte alarmierend wirken, wenn sich diese Berichte nicht noch etwas vager Formulierungen bedienen und im Grunde ebenso viel Vermutungen wie Tatsachen enthielten.

Für Washington liegt der Grund in dem gewachsenen Einfluss der Republikaner oder, um es auf deren wichtigste Figur abzustellen, in dem Sieg des Senators Robert A. Taft. Er hat zwar sofort nach den Wahlen dem Isolationismus eine Absage erteilt. Aber sicher werden er und viele seiner einflussreichen Freunde trotzdem zurückhaltendere Interventionisten sein als dies für Truman und Acheson zutrifft. Deren Schwierigkeiten werden zunehmen, so sagen viele erfahrene Beobachter der amerikanischen Aussenpolitik. Aber andererseits pflegen gerade die Republikaner besonders eifersüchtig auf die Wahrung des amerikanischen Prestiges bedacht zu sein und sie wissen selbst, dass in der gegenwärtigen fortgeschrittenen Zuspitzung der weltpolitischen Situation jedes Nachgeben, das über einen taktischen Augenblickszweck hinausgeht, einen höchst gefährlichen Verlust an Ansehen und Geltung mit sich bringen kann.

Im Mittelpunkt der Kombinationen über eine Wandlung der britischen Aussenpolitik steht die Person des Ministers Aneurin Bevan. Zwei führende amerikanische Tageszeitungen hatten über ein Gespräch

mit ihm berichtet, aus dem entsprechende Hinweise zu entnehmen waren. Bevan ist zwar nur Gesundheitsminister, aber jedermann weiss, dass er eine sehr starke Persönlichkeit im Kabinett ist, weit über die relativ geringe Bedeutung seines Ressorts hinaus. Die Richtung dieser angeblichen Wandlung wird durch die aussenpolitische Aufsässigkeit einer recht ansehnlichen Gruppe von Labour-Abgeordneten gekennzeichnet, die energisch für ein baldiges Zusammentreffen des Aussenminister-Rates eintritt und die sich auch gegen eine zu geringe Selbständigkeit der britischen Aussenpolitik im Verhältnis zu den Wünschen des State-Departements wendet. Viele dieser Leute sind auch dafür, dass man die sowjetischen Vorschläge auf Einberufung einer Viererkonferenz nicht ohne weiteres ablehnen, ihnen vielmehr ein etwas deutlicher sichtbares Interesse entgegenbringen sollte. Das Vorgehen des Foreign-Office in der chinesischen Frage nimmt solchen Vorwürfen freilich ein gut Teil ihres Gewichts.

Schliesslich liegen aus Frankreich Berichte über eine bevorstehende "Wende" vor. Sie erhalten sich trotz einem ausdrücklichen Dementi des Aussenministers Schuman. Die Gegensätzlichkeit zwischen Paris und Washington besteht weiter und ebense die Motive einer grösseren französischen Selbständigkeit gegenüber den Intentionen Washingtons sowohl wie einer grösseren französischen Bereitschaft, den sowjetischen Verhandlungsverschlüssen entgegenzukommen. Für Frankreich kommt ein bedenklicher innerpolitischer Tatbestand hinzu: Ohne dass irgendwelche Streiks ernster Art in Gang oder in Vorbereitung sind, wird übereinstimmend berichtet, dass die Ministerarbeit der Kommunisten sich bis zu zahlreichen Sabotageakten gesteigert und einen neuen Höhepunkt erreicht habe.

Was London und Paris betrifft, so ist die Frage, wie weit Tendenzen der erwähnten Art bzw. Gerüchte und Berichte über sie nicht vor allem dem taktischen Zweck dienen sollen, den hartnäckigen und durch seine Stärke überlegenen amerikanischen Partner etwas unter Druck zu setzen. Aber solche Methoden sind gefährlich, denn sie können leicht dazu führen, Vertrauen zu zerstören, die unerlässliche Voraussetzung jeder erfolgreichen Zusammenarbeit. Jener verstärkte republikanische Akzent in der amerikanischen Aussenpolitik aber sollte vor allem für Europa ein Anreiz sein, sich nicht allein auf die Hilfe von drüben zu verlassen, sondern jede denkbare eigene Anstrengung zur Verstärkung der westlichen Position zu machen.

Washington und die deutschen Landtagswahlen.

H.St., New York, im November.

Der eindrucksvolle sozialdemokratische Wahlsieg bei den Landtagswahlen in Hessen und Württemberg-Baden ist in der amerikanischen Öffentlichkeit stark aufgefallen und hat in Regierungskreisen ein lebhaftes Echo ausgelöst, das mit gründlichem Studium der dadurch in Westdeutschland neu geschaffenen innenpolitischen Lage und ihren aussenpolitischen Auswirkungen verbunden war. Die Mehrzahl der amerikanischen Zeitungsleser dürfte zum ersten Male erfahren haben, dass die Frage der Wiederaufrüstung Deutschlands in Deutschland selber ein höchst umstrittenes innenpolitisches Problem ist. Die meisten Amerikaner wissen zwar, dass es in dieser Frage tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und Frankreich gibt; aber sie hatten bisher stillschweigend angenommen, dass entweder die Deutschen allesamt sehr begeistert von der Aussicht sind, wieder die Uniform anziehen zu dürfen, oder dass man Deutschland gar nicht erst zu fragen brauche.

Dabei macht die Berichterstattung - im allgemeinen - den Fehler, die Dinge in vereinfachter Schwarz-Weiss-Darstellung zu schildern:

Adenauer sei pro und die Sozialdemokratie sei contra; der Wahlausfall habe also gezeigt, dass die Mehrzahl der Deutschen von einer Wiederaufrüstung nichts wissen wolle. In der "New York Times" wird scharfsinnig darauf hingewiesen, dass Hessen ja das Amtsgebiet Pastor Niemöllers sei, und dass dieser die Parole von der "Neutralität" ausgegeben habe, und man liest also indirekt aus dem hessischen Wahlergebnis ein Schwanken in der West-Orientierung des deutschen Volkes. Dass die siegreiche Sozialdemokratie in ihrer konsequenten und unerbittlichen Abgrenzung von Moskau den bürgerlichen Parteien vorangeht, wird von der Presse verschwiegen, ebenso wie man kaum etwas darüber findet, dass die Sozialdemokratie im Prinzip die Idee der kollektiven Verteidigung der freiheitlichen Welt nicht ablehnt, sondern nur die bisher vorgeschlagene Form verwirft und eine Reihe Bedingungen stellt, die der besonderen Situation der Bundesrepublik entsprechen. Eine einzige Pressestimme, die Wochenzeitung "United States News", vertritt eine Sondertheorie: die Ansicht der deutschen Sozialdemokratie sei, so meint das Blatt, dass angesichts

der amerikanischen Kongresswahlen Europa von Amerika in den nächsten zwei Jahren nicht allzuviel zu erwarten habe, - und da sei es vielleicht für Deutschland besser, in der Aufrüstungsfrage zunächst einmal abzuwarten, wie sich die Dinge, unter dem Einfluss des Rechtsrucks im Kongress, in den kommenden zwei Jahren gestalten würden.

Die Urteile wirklich verantwortungsvoller Kreise der amerikanischen Regierung sind, erfreulicherweise, etwas reifer und tiefergehend als die der Presse. Die Deutschland-Referenten im Staatsdepartement wissen natürlich auch zwischen den begrenzten politischen Folgen einer Landtagswahl und den grossen politischen Entscheidungen einer Bundestagswahl zu unterscheiden, aber sie geben zu, dass die Wahlen von Hessen und Württemberg-Baden auch in Bonn spürbar sein werden. Der Bundeskanzler werde vermutlich in Zukunft ein wenig vorsichtiger operieren; darüber hinaus bedauert man innenpolitisch das Fehlen einer echten Mittelpartei, etwa einer wirklich liberalen Partei des fortschrittlichen Bürgertums. Gäbe es eine solche Partei, so wäre es, nach amerikanischer Auffassung, viel leichter, die Sozialdemokratie zur Mitarbeit in ^{einer} Koalitionsregierung zu gewinnen, während so die Versuchung stets nahe liegt, rein bürgerliche Koalitionen, die einseitig gegen links gerichtet sind, zu bilden. Frülich fragt man sich, wie lange eine solche Politik noch fortgesetzt werden kann, wenn die Tendenz der Wählerschaft, die sich soeben in Hessen und Württemberg-Baden sehr deutlich manifestiert hat, weiter anhalten sollte. In diesem Falle rechnen sachverständige Kreise eines Tages auch mit einer Änderung des politischen Klimas in Bonn.

+ + +

Die Gesichter der FDP.

sp. Es ist ein Kennzeichen der liberalen Parteien in Europa, dass sie arm an eigenen Inhalten und Zielen sind. Die Abgrenzung der Rechte des Staates gegenüber dem Freiheitsbedürfnis des Einzelnen ist ebenso wenig ein typischer Programmpunkt der FDP, wie die Worte von der "sozialen Gerechtigkeit" oder der "bürgerlichen Demokratie", es sind, die von einer ganzen Anzahl liberaler Parteien propagiert werden.

Die FDP hat aus dem Dilemma ihrer Armut an Programmpunkten Konsequenzen gezogen und, wie ihre Stärkung bei den letzten Landtags-

wahlenbestätigt, zunächst nicht ohne Erfolg. Freilich, der 1948 in Heppenheim unter der Repräsentanz von Theodor Heuss begonnene Weg wurde damit verlassen. Weder von diesem, noch von dem Einfluss der DVP-Leute aus Schwaben oder anderer echt demokratischer Köpfe in der Partei ist noch etwas zu spüren. Eine fast unwahrscheinliche Vielgestaltigkeit und Wandlungsfähigkeit kennzeichnen die FDP von 1950. Bei Wahlvorstellungen erreichte man fast artistische Leistungen.

In jedem Land ein anderes Programm; In Bonn für Stützung des Programmes der CDU, in Nordrhein-Westfalen dagegen, in Schleswig-Holstein wieder dafür, in Hessen nationaldemokratisch und Partner der Flüchtlingspartei usw. Wen vertritt nun die Freie Demokratische Partei? Das Bürgertum, die Unternehmer oder die Flüchtlinge? Oder geht sie nur für die Interessen der Besitzenden gelegentlich Allianzen mit Nichtbesitzenden ein? Wer ist die FDP? Heuss oder Manteuffel - oder Euler, der Ministerpräsident von Hessen werden wollte? Oder der ehrgeizige 'Vizekanzler Vorwärts'? Oder die SA - und HJ-Führer, die in Bad Godesberg den Kreis der jungen Freien Demokraten ergänzten? Der Ehrgeiz, auch die extreme Rechte zu erobern, beherrscht sie heute. Man muss nicht einmal den Reden Dehlers, Eulers oder Manteuffels folgen, um zu erkennen, mit welchem Elan die Felder von Dorls oder von Thadden von der FDP beackert werden. Die FDP spricht von sich selbst in diesem Zusammenhang euphemistisch von einer "Sammlungsbe-
wegung". Das macht sich zunächst immer gut.

Aber ^{es} wird bei den Wählern in Westdeutschland vermutlich weniger lange dauern, als die FDP glauben mag, bis die ganze Verschwommenheit des Programms und die Fragwürdigkeit ^{der} Parolen und Methoden dieser Partei erkannt werden. Die CDU, in Bonn auch nach Ansicht der FDP eine "angeschlagene Regierungspartei", weiss ein kurzes Lied davon zu singen.

+ + +

Stoßseufzer eines Rauchers.

- x. "Wenn Sie täglich eine Zigarette weniger rauchen, . . ." so können Sie in einem Jahr einen Staubsauger, wöchentlich eine Zeitschrift oder auch zwei, ein nettes Buch, eine Kaffeemaschine und wer weiss, was sonst noch haben, so versichern mir täglich die Vertreter all dieser nützlichen Sachen, die meine Tür wie eine Festung belagern.

Aber ich rauche gar nicht. Und wenn ich rauchte, so sicherlich nicht so viel, um an Zigaretten einsparen zu können, was mir täglich angeboten wird.

Aber nicht nur die Handelsvertreter rechnen in Zigaretten, auch der Bundesfinanzminister. Er glaubt dass, wenn er die Umsatzsteuer um 1/4% und damit die Lebenshaltungskosten nur um ein Geringes erhöht, dies für den Staatssäckel doch immerhin etliche hundert Millionen erbringe. Ebenso rechnet die Kohlenbergbauleitung, wenn sie erklärt, dass die Erhöhung des Kohlenpreises von DM 5.- pro Tonne die Lebenshaltungskosten nur um 1 bis 1 1/2% erhöht. Nicht anders die Bundesbahn, die Fleischer, die Landwirte, die Stahlindustrie und die Händler. Die einzigen, die von uns keine Einsparung an Zigaretten verlangen, sind die Produzenten der Zigaretten und die hunderttausende Beschäftigte in der Tabakindustrie. Ich glaube, sie sind die einzigen überhaupt, die sich wünschen, dass wir mehr rauchten, statt weniger und die nicht davon überzeugt sind, dass wir die Milliarden an Zigaretten einsparen könnten, wie man es täglich von uns wünscht.

Und warum ich nicht rauche, obwohl ich gern möchte? Ich kann nicht, denn das Geld langt nicht dazu und Kippen suchen mag ich nicht. Es langt schon nicht einmal mehr für die Butter und für das Fleisch und die Eier und auch die Margarine wird täglich dünner auf dem Brot. Meine Wege mach ich zu Fuss. Und wenn sie mir nun mit der Zigaretten-Rechnung auch noch das Brot wegnehmen, dann weiss ich noch nicht, ob ich nicht eines Tages dem Bäcker und dem Fleischer und dem Fiskus die Scheiben einschmeisse oder gar einen Minister verprügele, denn ich kriege langsam die Wut, wenn ich höre, wie man mir täglich Zigaretten nach- und vorrechnet und sie mir schliesslich auch noch abgezogen werden, obgleich ich sie mir mangels Masse sowieso schon nicht erlauben kann.

Aber vielleicht meinen sie es alle besser mit mir, als ich es vermute. Vielleicht sparen sie alle die nicht gerauchten Zigaretten für die künftige Rüstung und das Militär und dann werde ich ja eines Tages das Glück haben, wieder rauchen zu können, aus meiner Zigarettenzuteilung beim Barras.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt.